

Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter Deutschlands.

Nr. 19.

Der „Holzarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern gratis zugestellt. — Für Nichtmitglieder ist der „Holzarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von 1,50 Mk. pro Quartal zu beziehen. — Inseratenannahme nur gegen Vorausbezahlung. — Geldsendungen nur: Postcheckkonto 7718 Cöln.

Cöln, den 11. Mai 1917.

Insertionspreis für die viersp. Petitzeile 30 Pfg. Stellengesuche und Angebote, sowie Anzeigen der Zahlstellen kosten die Hälfte. Redaktion und Expedition befinden sich Cöln, Denckhoffstr. 9. Telefonruf B. 1846. — Redaktionschluss ist Samstag Mittag.

18. Jahrg.

Kriegsziele, Neuorientierung und christlich-nationale Arbeiterschaft.

Zur rechten Zeit, am rechten Ort und mit richtigem Wort hat die christlich-nationale Arbeiterbewegung am Sonntag den 6. Mai zu einigen der wichtigsten Tagesfragen Stellung genommen. Mitten im Streite über die Friedensziele und die Neuorientierung traten die Vertreter der christlich-nationalen Arbeiterbewegung im Herzen der deutschen Industrie, dort, wo gewaltige Arbeitermassen die Hände zu eifrigem Schaffen fleißig rühren, in Essen, zusammen und gaben der Welt ihr Votum bekannt darüber, wie sie sich zu den genannten Streitfragen stellen. Einer Sitzung des Ausschusses des deutschen Arbeiterkongresses, die am Vormittag stattgefunden, schloß sich nachmittags eine Versammlung von Vertretern der Bewegung an, bei der Kollege Stegerwald das Referat übernommen. Mit Rücksicht auf den für die Veranstaltung zur Verfügung stehenden beschränkten Saalraum, hatten leider die Einladungen nicht so zahlreich ergehen können, wie das sonst wohl wünschenswert gewesen wäre. Wie groß das Interesse an der Veranstaltung war, zeigte der zahlreiche Besuch der Eingeladenen. Bis auf den letzten Platz war der Saal besetzt. In der Tat entsprach die Veranstaltung einem tief empfundenen Bedürfnis bei den christlich organisierten Arbeitern. Jeder von uns fühlte es gleichsam in den letzten Wochen in seiner Brust, daß die christlich-nationale Arbeiterbewegung zu den wichtigen Fragen ihre Meinung kund geben müsse. Sie hat es jetzt in Essen getan und zwar in einer Weise, die uns voll und befriedigen kann und die der Welt aufs neue zeigt, daß unsere Bewegung sich weder von links noch von rechts auf falsche Wege führen läßt. Die christlich-nationale Arbeiterbewegung geht sowohl in Sachen der Kriegsziele wie auch der Neuorientierung den Weg, den ihr im Interesse des Vaterlandes und der Arbeiterschaft geboten erscheint. In folgender Entschliebung hat die Essener Tagung das zum Ausdruck gebracht:

„Der Ausschuss des deutschen Arbeiterkongresses sendet unseren tapfern Streitkräften herzlichsten Gruß und innigen Dank für die von ihnen im Interesse unseres Vaterlandes erlangten unvergleichlichen Erfolge.

Gleich anderen Volksgenossen haben die christlich-nationalen Arbeiter und Angestellten ihr Treueverhältnis zu Fürst und Volk auf den Schlachtfeldern mit ihrem Blute besiegelt und in der Heimat durch williges Ausstehen im Arbeits- und Opferleben bekräftigt. Dieser furchtbare Krieg ist von neidischen und rachsüchtigen Feinden Deutschlands gewollt und planmäßig organisiert worden. Das aufstrebende Deutsche Reich sollte seiner militärischen, politischen und wirtschaftlichen Kraft beraubt und in seiner Zukunftsentwicklung unterbunden werden. Diese ruchlosen Pläne sind dank der stählernen Widerstandskraft unserer Streitkräfte und der Rückenfürkung in der Heimat zu Schanden geworden. Gleichwohl haben wir den hochherzigen Entschluß des Kaisers, Friedensverhandlungen anzugehen, mit ungeheurer Freude begrüßt. Unsere Feinde haben die dargebotene Friedenshand rücksichtslos abgewiesen. Sie wollen unsere Vernichtung.

Das deutsche Volk führt einen Verteidigungskrieg. Es steht draußen und daheim seine ganze Kraft ein für des Reiches Dasein und des Volkes Zukunft. Die christlich-nationalen Arbeiter und Angestellten sind in dem Wunsche nach Frieden mit dem gesamten deutschen Volke einig.

Unbeeinträchtigt durch die Haltung derjenigen, die durch Vorschlag eines Friedens „ohne Annexionen und Kriegsschadigungen“, als auch jener, die durch Forderung unerreichbarer Forderungen den Krieg unnötig verlängern, wollen wir einen Frieden, der uns reale Garantien dafür bietet, daß uns künftig ein ähnliches Blutvergießen erspart bleibt, einen Frieden, der die weitere wirtschaftliche und soziale Entwicklung Deutschlands sichert. Die Arbeitnehmer-schichten Deutschlands würden durch einen ungünstigen und daher unbefriedigenden Frieden, der Deutschland ungeheure wirtschaftliche Lasten und Gemeinwohl aufzulegen würde, in ihrer sozialen Lage und Entwicklung auf Jahrzehnte geschädigt. Arbeitslosigkeit, Lohnmangel und hohe Kosten, wie dauernd verteuerte Lebenshaltung wären die unausweichlichen Folgen. Bezüglich der Befamntgabe unserer Kriegs- und Friedensziele billigen wir die Haltung der Reichsregierung.

Mit Genugthuung begrüßen wir die Bemühungen der Staatsregierung zur Herstellung einer lebendigen Fühlungnahme mit den großen Volksorganisationen und ihren Vertretern. Die Bande des Vertrauens, die so zwischen Regierung und Arbeiter- und Angestelltenorganisationen geknüpft worden sind, haben bereits vaterländisch wertvolle Ergebnisse in gemeinschaftlicher Arbeit gezeigt. Als verheißungsvollen Ausdruck dieser Politik des Vertrauens ist die kaiserliche Osterbotschaft in den breiten Massen des Volkes aufgenommen und gewürdigt worden. Nicht nur wegen der erhofften Ankündigung einer einschneidenden Umgestaltung des Wahlrechts für den preussischen Landtag, sondern um der kaiserlichen Anerkennung der Volkseinstimmungen willen, die sie enthält. Wir erblicken darin die geistlich gegebenen Bürgschaften der Krone für die Einlösung jener

Zusagen, die der verantwortliche Kanzler des deutschen Reiches ausgesprochen: stärkere Heranziehung des Volkes zur Mitarbeit an den Staatsaufgaben. Neben dem Ausbau und der Sicherung der Volksrechte erblicken wir in einer starken Monarchie, in einem von ihrem Vertrauen berufenen pflichttreuen Staatsbeamtentum nach wie vor die besten Grundlagen staatlicher Ordnung und die vertrauenswürdigste Bürgschaft für eine stetige und gedeihliche Entwicklung des öffentlichen Lebens.

Wir stehen in den Entscheidungskämpfen. In ungeheurem Anprall, ausgestattet mit den Erzeugnissen der Kriegsindustrien der Welt, stürmt der Feind gegen unsere westliche Front. Unseren heldenmütigen Kämpfern durch überlegene Rüstung siegreichen Widerstand zu ermöglichen, ist heilige Pflicht der deutschen Arbeiterschaft. Die christlich-nationale Arbeiterbewegung erneuert und bekräftigt daher die ernste und eindringliche Mahnung: Haltet aus in der Arbeit! Tragt willig die unvermeidlichen Opfer und Entbehrungen bis zu einem guten Frieden.“

Mit dieser Entschliebung des Ausschusses des deutschen Arbeiterkongresses, die einmütig von der Vertreterversammlung christlich-nationaler Arbeiter gutgeheißen wurde, hat unsere Bewegung über die derzeitigen großen Lebensfragen ein Verständnis bekundet, das Beachtung verdient und von weiten Volkskreisen geteilt wird. In Sachen der Bekanntgabe der Kriegsziele billigt die christlich-nationale Arbeiterbewegung die Haltung der Regierung. Damit rückt die Bewegung kräftig von jenen Gruppen ab, die in unserer tiefsten Zeit nichts Besseres zu tun wissen, als den Reichskanzler anzugreifen und die Einigkeit im Volke dadurch in Gefahr zu bringen. Was uns aber nützt in diesem furchtbaren Augenblick ist Arbeit, Einigkeit und Stärkung des Vertrauens zur Regierung, soll das gewaltige Ringen auf dem schnellsten und besten Wege glücklich für unser Vaterland beendet werden.

Auch in bezug auf die Neuorientierung hat die Veranstaltung in Essen klar und deutlich zum Ausdruck gebracht, was die christlich-nationale Arbeiterbewegung erstrebt. In dieser Hinsicht hat das Referat von Kollegen Stegerwald die Entschliebung ausgiebig ergänzt. Wir werden darauf, sowie auf die sonstigen Beschlüsse der Essener Tagung noch zurückkommen.

Neue Tarifvereinbarungen für das deutsche Baugewerbe.

Im Frühjahr 1916 war für das deutsche Baugewerbe der letzte Tarifabschluß zustande gekommen. Es wurde damals vereinbart, daß der Tarifvertrag zunächst bis 31. März 1917 weiter laufen soll, darüber hinaus sollte er um ein weiteres Jahr, also bis 31. März 1918 verlängert gelten, wenn am 31. Dezember 1916 noch nicht mit allen europäischen Großmächten Frieden geschlossen wäre. Gleichzeitig wurden damals Teuerungszulagen zu den Tariflöhnen festgesetzt, die in den Tariforten mit weniger als 5000 Einwohnern allgemein 7 Pfg., in allen übrigen Tarifgebieten bei mehr als 99tägiger täglicher Arbeitszeit 10 Pfg., bei 99tägiger täglicher Arbeitszeit 11 Pfg. für die Arbeitsstunde betrug. Nach dieser Vereinbarung hatte der jetzige Tarif also noch Gültigkeit bis mindestens 31. März 1918.

Die unverhergesehene rapid gestiegene Teuerung veranlaßte jedoch die Arbeiterorganisationen, sich an die Arbeitgeber um Erhöhung der Löhne zu wenden. Als Vermittlungsinstanz wurde das Reichsamt des Innern angerufen. Die Verhandlungen, die am 26. und 27. April unter Vorsitz des Ministerialdirektors Dr. Caspar stattanden, haben dann zu einer Einigung geführt. Es wurde eine neue Teuerungszulage vereinbart. Diese zweite Teuerungszulage beträgt für alle Tarifgebiete und unabhängig von der täglichen Arbeitszeit einheitlich 15 Pfg. für die Arbeitsstunde. Wo schon bisher über die erste, vertragmäßige Zulage hinaus Zulagen gewährt wurden, kommen diese auf die neue Zulage in Anrechnung; sie werden also lediglich, sofern sie sich auf weniger als 15 Pfg. für die Arbeitsstunde belaufen haben, auf diesen Betrag ergänzt. Betrugen sie mehr als 15 Pfg., war also die tatsächliche Entlohnung höher als der Tariflohn, so zuzüglich der ersten und der neuen (zweiten) Zulage, so sollen sie unverändert weiter gezahlt werden. Auf tariffreien Arbeitsstellen, für die während des Krieges besondere Platzverträge oder Lohnvereinbarungen abgeschlossen sind, soll der Lohn durch entsprechende Zuschläge dem Tariflohn des nächstliegenden Tarifgebiets zuzüglich beider Zulagen — der vom Mai 1916 und der gegenwärtigen — angeglichen werden; auch hier sollen bisher gezahlte höhere Löhne nicht gekürzt werden. Die neue Zulage wird rückwirkend vom 27. April 1917 ab gewährt. Bevor jedoch die Zahlung be-

ginnt, soll erst die Frage der Rückerstattung durch das Reich bzw. die Bundesstaaten, die zurzeit die meisten Bauten ausführen lassen, geregelt werden. Beteiligt sind an den Verträgen der Deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe, der Deutsche Bauarbeiterverband, der Zentralverband der Zimmerer und verwandten Berufsgruppen Deutschlands und der Zentralverband christlicher Bauarbeiter Deutschlands.

Mit der neuen Vereinbarung sind im deutschen Baugewerbe für die nächsten Monate die Löhne der Bauarbeiter etwas besser der riesigen Teuerung angepasst worden, als wie das bis dahin der Fall gewesen.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Im Interesse der Kollegen machen wir darauf aufmerksam, daß mit dem Erscheinungstage dieser Nummer der 19. Wochenbeitrag im Jahre 1917 für die Zeit v. 6. bis 12. Mai fällig ist.

Zur Führung der Zahlstellengeschäfte ist es unbedingt erforderlich, daß die „Anweisungen für die Ortsverwaltungen“ zur Stelle sind. Jede Zahlstelle ist im Besitze der Anweisungen. Ferner müssen die laufenden Bekanntmachungen des Vorstandes im Holzarbeiter beachtet und befolgt werden.

Mehrere Zahlstellen sind noch mit der Abrechnung rückständig. Um baldige Erledigung wird gebeten.

Verlorene Mitgliedsbücher. Das Mitgliedsbuch Nr. 64498 auf den Namen Hubert Schmetter ist verloren gegangen und wird hiermit für ungültig erklärt. Ebenso das Buch Nr. 15587 auf den Namen Josef Rüpler.

Berichte aus den Zahlstellen.

Mannheim. Aus unserer Zahlstelle können wir die erfreuliche Tatsache berichten, daß zwei Mitglieder unterm 8. April das Kreuz für freiwillige Kriegshilfe 1914/16 erhalten haben. Es ist dies Kollege Wilhelm Schlier, Postkonditor unserer Zahlstelle, sowie der Kollege Johann Hubert. Zu dieser Auszeichnung beglückwünschen wir die beiden Kollegen an dieser Stelle aufs herzlichste.

Breslau. Als ein Arbeitgeber, wie er nicht sein soll, wird uns der in der Gebwigstraße wohnende Tischlermeister Gm. geschildert. Da in seinem Betriebe meistens nur Arbeit für die hiesige Garnison und Heeresverwaltung angefertigt wird und es ihm an Arbeitskräften mangelt, sollen diese durch Ueberstunden ersetzt werden, ohne daß dafür der Tarifzuschlag gezahlt wird. Bedauerlich ist es, daß auch ein organisierter Kollege dies zugab. Als nun aber ein kriegsverletzter Kollege von unserem Verbande beim Meister Gm. zu arbeiten anfang und ihm erklärte, daß für die Ueberstunde ein Tarifzuschlag von 10 Pfg. zu zahlen sei, versuchte der Meister erst zu handeln und wollte nur 5 Pfg. bezahlen. Als unser Kollege nicht mit sich handeln ließ, bequeme sich der Meister denn auch vorläufig den vollen Zuschlag zu bezahlen. Meister Gm. ließ dann aber keine Ueberstunden mehr machen mit der Begründung, daß von den Kollegen während der Ueberstundenarbeitszeit doch nicht viel gearbeitet worden sei. Als sich dann der kriegsverletzte Kollege infolge Ueberanstrengung krank melbete, gab ihm der Meister seine Entlassung, mit dem Eingefügen, er sei nur ein halber Mensch und habe sich den Lohn, den er ihm gegeben habe, nicht verdient. Der wahre Grund der Entlassung wird aber wohl in dem Ueberstundenzuschlag zu suchen sein. Gott sei Dank, daß nicht alle Arbeitgeber ein solches Verfahren an den Tag legen, wie es in diesem Falle zu verzeichnen ist. Diesmal war der Meister ja bei einem Kollegen an die solche Schmeide geraten. Der kriegsverletzte hat nicht bloß vor dem Feinde seinen Mann gestellt, sondern auch in der Heimat für die Einhaltung des Tarifes gekämpft. Wenn es alle Holzarbeiter so machen würden, wie in diesem Falle der kriegsverletzte Kollege, dann würden wir bald Ordnung im Gewerbe und bessere Zustände zu verzeichnen haben.

Köln. Am Samstag hielten wir unsere 1. Vierteljahrsversammlung ab. In derselben waren außer unseren Mitgliedern, die zahlreich erschienen waren, auch mehrere Delegierte, die anlässlich der erweiterten Zentralvorstandssitzung in Köln waren, anwesend. Kollege Angermeyer, der die Versammlung leitete, gebärdete zunächst der auf dem Felde der Ehre gefallenen, sowie in der Heimat gestorbenen Kollegen, deren Andenken durch Erheben von den Sigen geehrt wurde. Der Kassenbericht, den Kollege Dohrendorf erstattete, zeigte ein erfreuliches Bild. Es wurden über 800 Marken mehr verkauft wie im letzten Vierteljahr. Zum ersten Male während des Krieges schloß die Abrechnung mit einem Ueberschuß ab, trotzdem die Ausgaben für die Familienunterstützung der im Felde stehenden Kollegen, die von der Ortskasse noch immer in voller Höhe gewährt wird, recht große waren und auch die Krankenunterstützung erhebliche Anforderungen an die Ortskasse stellte. Im Geschäftsbericht, vom Kollegen Joseph im erstatte, konnte festgestellt werden, daß in-

folge der rührigen Mitarbeit vieler Kollegen ein frisches Leben in der Zahlstelle pulsiert. Da mit großen Versammlungen in gegenwärtiger Zeit erfahrungsgemäß nichts zu machen ist, wurden die geschäftlichen Angelegenheiten in mehreren Vorstands- und Vertrauensmännerversammlungen, die immer pünktlich und vollzählig beieinander waren, erledigt. Ferner fanden eine größere Zahl von Betriebsversammlungen, die alle der Besprechung von Lohnbewegungen dienten, statt. Die Lohnbewegungen, die hauptsächlich in den Maschinenfabriken für die Modellschreiner, in den Waggonfabriken und Karosseriewerken für die Stellmacher und Schreiner und in einem Sägewerk geführt wurden, brachten nach friedlichem Verhandeln mit der Verbandsleitung fast überall den gewünschten Erfolg, Lohnerhöhungen bis 20 Pfg. die Stunde. Der agitatorische Erfolg blieb dann auch nicht aus, erfuhr doch unsere Mitgliederzahl eine Zunahme von über 100 Kollegen. Beim zweiten Punkt der Tagesordnung „Besprechung unserer gegenwärtigen Lage“ wurde in reger Aussprache von den Kollegen festgestellt, daß es bei den heutigen hohen Lebensmittelpreisen und den ganz enorm hohen Ausgaben für die übrigen Bedarfsartikel, wie Kleidung usw. nicht mehr möglich sei, mit dem Tariflohn auszukommen. Auch seien heute die Arbeiter gezwungen, um ihre Arbeitskraft zu erhalten, die auf dem Wege des Schleichhandels erhältlichen Lebensmittel für fündigst teures Geld zu kaufen. Auch wurde festgestellt, daß Firmen in Köln, die nicht unter den Schreinerarbeitsstellen, Stundenlöhne von 1.30 M. und darüber zahlen, also ganz bedeutend höhere Löhne, wie sie in den Tarifverträgen gezahlt werden. Einmütig faßte die Versammlung folgende Entschließung:

„Die heute am 28. April 1917 stattfindende 1. Vierteljahrsversammlung beschloß sich eingehend mit der zurzeit herrschenden großen Teuerung und mit den im Holzgewerbe bezahlten Arbeitslöhnen. Da mit den derzeitigen Löhnen kein Auskommen mehr zu finden ist, richtet die Zahlstelle Köln an den Zentralvorstand das Ersuchen, zu beraten, ob bei den in Frage kommenden Arbeitgeberverbänden eine entsprechende Lohnerhöhung beantragt werden soll. Der Vertreter der Zahlstelle Köln bei der morgen stattfindenden erweiterten Zentralvorstandssitzung wird beauftragt, in dieser die Wünsche und Forderungen der Zahlstelle nachdrücklich zu vertreten.“

Mit Dankesworten für die Mitarbeit der Kollegen, besonders der Vertrauensleute und der Bitte um weitere Betätigung am Verbandsleben, schloß der Vorsitzende die schön verlaufene Versammlung.

Berlin. Unser Vorstandsmitglied (Schriftführer) Heinrich Aulich, ist am 8. Februar 1917 als Gefreiter im Kriegslazarett, Lehrlingsheim zu Witau, 7. Komp. Inf. Regt. N. 426 gestorben. Damit ist einer unserer Besten zur ewigen Ruhe gegangen. Seit September 1914 im Felde und im Januar 1917 noch hier auf Urlaub, hat ihm besonders die große Kälte den Todesstoß gegeben; nur zwei Tage hat er im Lazarett gelegen. Er hinterläßt eine Frau und zwei Kinder. Sein Andenken wird in unseren Kreisen immer in Ehren gehalten werden.

Lohnbewegung.

Dinklage. Nach mehrmaligem Vorstelligwerden haben wir es bei der Firma Holthaus erreicht, daß eine 10%ige Zulage auf Akkordarbeit gewährt wurde, die am 1. Januar d. J. in Kraft getreten ist. Infolge der enormen Teuerung, die seit dieser Zeit wieder eingetreten, ergab sich jedoch die Notwendigkeit, neue Lohnerhöhungen von der Firma zu fordern. Die Kollegen verlangten eine nochmalige Erhöhung der Akkordpreise um 15%, sowie Kinderzulagen und Teuerungszulagen. Bei der großen Erhöhung der Preise, die die Firma für ihre landwirtschaftlichen Maschinen hat eintreten lassen, konnte man wohl erwarten, daß sie der bescheidenen Forderung der Arbeiter bereitwilligst entsprechen würde. Erreicht wurde jedoch nur, daß die Firma statt der geforderten 15% nur 5% Aufschlag auf die Akkordpreise bewilligte. Ferner wurde der Lohn um einige Pfennige erhöht. Auch jetzt sind die Löhne auch außerordentlich niedrig. Sie entsprechen keineswegs der großen Teuerung. Denjenigen, welche immer von den hohen Arbeitslöhnen reden, können wir nur raten, hierhin zu kommen um sich die hohen Löhne zu verdienen.

Aischaffenburg. Endlich ist auch hier in Aischaffenburg die Teuerungszulage durchgeführt worden. Sehr, sehr lange hat es gedauert, bis in Aischaffenburg die im vorigen Jahre getroffenen Abmachungen Gültigkeit erlangt haben. Auf die bestehenden Löhne wird jetzt ein Zuschlag von 15 Pfg. die Stunde bezahlt, sodas sich der Mindestlohn für Gesellen und Maschinenarbeiter vom zweiten Gefellenjahr bis zu 20 Jahren auf 57 Pfg., über 20 Jahren auf 65 Pfg. die Stunde erhöht. Leider müssen wir aber in Aischaffenburg konstatieren, daß in vielen Geschäften für die Ueberstunden und Sonntagsarbeit die tariflichen Zuschläge nicht bezahlt werden. Es ist das sehr zu bedauern und darauf zurückzuführen, daß die nichtorganisierten Kollegen geradezu darauf ausgehen, Ueberstunden ohne Zuschläge zu machen. Würden die unorganisierten Kollegen den Weg zur Organisation finden und ihre Pflicht als organisierte Arbeiter erfüllen, würde dieser Uebelstand mit einem Schlag verschwinden. Unsere Aufgabe wird es sein, unermüdet dahin zu wirken, daß sich alle am Orte beschäftigten Kollegen dem Verbands anschließen und mitwirken, Schäden im Gewerbe zu beseitigen. Wenn dann die Kollegen aus dem Felde zurückkehren, sollen sie eine straff durchgeführte Arbeitsordnung und zielbewußte organisierte Kollegen in Aischaffenburg finden.

Krankengeld-Zuschußkasse.

Die vom Militär zurückkehrenden Mitglieder der Krankengeld-Zuschußkasse müssen ihren Wiedereintritt in diese Kasse bekanntlich beim Zentralvorstand nachsuchen. Sofort nach der Anmeldung schießt dann der Zentralvorstand dem sich Meldenden einen Aufnahmeschein zu, der gewissenhaft ausgefüllt werden muß. Diese Maßnahme bedeutet nicht, daß sich die früheren Mitglieder der Krankenkasse wieder vollständig neu aufnehmen lassen müssen, so, als wenn sie der Kasse noch nicht angehört hätten. Die Ausfüllung des Aufnahmescheines hat nur den Zweck, dem Zentralvorstand der Krankengeld-Zuschußkasse als Unterlage für seine Entscheidung zu dienen. Je nach dieser Entscheidung tritt ein Mitglied wieder gleich in seine früheren Rechte bei der Krankengeld-Zuschußkasse ein.

Gewerkchaftliches.

Die Tabakarbeiter zur Lohnfrage. Am 19. April versammelten sich in Frankfurt a. M. die Vertreter der drei Tabakarbeiterverbände: Zentralverband christlicher Tabakarbeiter Deutschlands, Deutscher Tabakarbeiterverband, Gewerkschaft der deutschen Zigarren- und Tabakarbeiter (H.-D.), um zur Lohnfrage im Tabakgewerbe Stellung zu nehmen. Zunächst berichtete der Vorsitzende des Zentralverbandes christlicher Tabakarbeiter Deutschlands, Kollege Camman, über die Löhne der Tabakarbeiter. Er führte hierzu aus, daß man in weiten Kreisen der nichtarbeitenden Bevölkerung der Ansicht sei, als ob die Löhne der gewerblichen Arbeiter während des Krieges ganz bedeutend gestiegen seien. Das sei aber nur in ganz wenigen Berufen und auch hier nur bei den qualifiziertesten Sacharbeitern der Fall. Die Verallgemeinerungen und Uebertreibungen würden auch von der Unternehmerpreisse genährt. Diese verfolge damit den Zweck, die Kriegsgewinne der Unternehmer möglichst als gerecht erscheinen zu lassen. Es sei zu bedauern, daß es in Deutschland noch keine amtliche Lohnstatistik gebe. Um wenigstens einigermaßen eine Uebersicht zu bekommen, sei man auf die Lohnnachweise der Berufsgenossenschaften angewiesen. Bei den Lohnnachweisen der Tabakberufsgenossenschaft sei

oder Wiedereinführung alter Sorten den Grundlohn derselben mindestens auf eine den Lohnverhältnissen des letzten Friedensjahres entsprechende Höhe zu bringen, dazu die Zulage von 35 v. H.; 3. die Zulagen als feste Lohnzulagen zu gewähren. Diesen Forderungen wurde eine eingehende Begründung beigegeben.

Wir wünschen den Tabakarbeitern, bei den sehr geringen Löhnen, die in diesem Gewerbe bis jetzt üblich gewesen, daß ihre Forderungen von vollem Erfolg gekrönt sein mögen.

Rundschau.

Beilegung des Sprachenparagraphen. Der § 12 des Reichsvereinsgesetzes vom 19. April 1908, der die Versammlungsfreiheit nur in deutscher Sprache gestattete, ist vom Bundesrat in seiner Sitzung vom 19. April d. J. aufgehoben worden. Dieser Beschluß wird in allen Gewerkschaftskreisen freudigen Widerhall finden; ist doch damit die Schranke gefallen, die die Organisation und gewerkschaftliche Erziehung fremdsprachiger Arbeiter, die hauptsächlich in deren Muttersprache möglich war, sehr erschwerte, ja fast unmöglich machte. Damit ist auch die Bahn frei für eine bessere, segensreichere Gewerkschaftsarbeit. Den Bestrebungen der Unternehmer, fremdsprachige Arbeiter als Lohnrücker zu verwenden, kann jetzt von Gewerkschaftsseite aus mit größerem Erfolg und Nachdruck entgegengetreten werden. Die Neuorientierung hat begonnen! Die Gewerkschaften und die Arbeiterschaft fühlen mit Genugtuung, daß eine neue Zeit anbricht. Möge auch die Arbeiterschaft sich dieser Zeit würdig zeigen und selbst dazu beitragen, das neue deutsche Vaterland nach dem Kriege recht wohllich zu gestalten.

Bereits sind die Gegner der Arbeiterschaft eifrig am Werke, um sie auch fernerhin im Staats- und Volksleben nicht zu ihrem Rechte gelangen zu lassen. Die organisierten Arbeiter haben alle Veranlassung, diesen Gegnern zu zeigen, daß die Zeit gekommen ist, wo die Arbeiter sich als Menschen minderen Rechtes nicht mehr behandeln lassen.


Wirtschaftsfriedliche Werkvereine und Unternehmer. Die Abhängigkeit der „wirtschaftsfriedlichen“ Werkvereine von den Unternehmern kommt am offensichtlichsten im Finanzwesen zum Ausdruck. Es ist allbekannt und kürzlich durch ein an die Öffentlichkeit gelangtes vertrauliches Rundschreiben der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände erneut bestätigt worden, daß die Werkvereine von den Unternehmern finanziell ausgehalten werden. Dieses Abhängigkeitsverhältnis scheint manchen interessierten Kreisen aber immer noch nicht zu genügen oder zu wenig Garantien für die Zukunft zu bieten, denn neuerdings ist die Berührung zwischen Unternehmern und Werkvereinen noch enger ausgestaltet worden. Auf einer gemeinsamen Tagung am 10. Februar 1917 in Essen, an der Vertreter der Unternehmer, im Bergbau, der Metallindustrie, Textil-, Kleinfleisch- und chemischen Industrie sowie der „wirtschaftsfriedlichen“ Werkvereine teilnahmen, wurde ein aus Unternehmern und Werkvereinsleuten zusammengesetzter Ausschuß eingesetzt, „welcher dauernde Fühlungnahme und ständigen Gedankenaustausch verbürgt.“ Wohin sich die Front dieses Ausschusses richtet, ist aus dem Verhandlungsbericht („Der Werkverein“ Nr. 7, 1917) unzweideutig zu sehen; sie richtet sich gegen die jogen. „Kampfgewerkschaften“ und die Regierung, die den Gewerkschaften angeblich zu weit entgegenkomme. Die Teilnehmer der Essener Sitzung beschloßen, das Ergebnis der Verhandlungen zu veröffentlichen. „Die Öffentlichkeit müsse sehen, daß nach den vielen Nachschlägen, die die wirtschaftsfriedliche Bewegung aus Regierungen und von anderer Seite erhalten habe, die Arbeitgeberchaft des rheinisch-westfälischen Industriegebietes fest hinter ihr stehe.“ — Das ist denjenigen, die die Zusammenhänge der deutschen Arbeiterbewegung nur halbwegs kennen, ohnedies niemals zweifelhaft gewesen. Neben der finanziellen Aushaltung der Werkvereine aus Unternehmern ist die Errichtung des vorhin erwähnten gemeinsamen Ausschusses aber ein erneuter Beweis dafür, daß die wirtschaftsfriedlichen Werkvereine tatsächlich nur Figuren auf dem Schachbrett der großen industriellen Unternehmerorganisationen sind. Denn daß in diesem Ausschuß auch Vertreter der Werkvereine sitzen, ist nur Dekoration, dazu bestimmt, um den Schein zu wahren und die Irreführenden nicht kopfschütteln zu machen. Wer kann es den selbständigen Arbeiterorganisationen nach alledem wohl verübeln, daß sie es grundsätzlich ablehnen, Werkvereinsleute als Vertreter der Arbeiter anzuerkennen und dafür gesorgt haben, daß sie aus den maßgebenden Instanzen des vaterländischen Hilfsdienstes ferngehalten wurden.

Literarisches.

Der neue Programmwurf der christlich-nationalen Arbeiterbewegung ist jetzt in einer billigen Ausgabe neu erschienen. Das Broschürchen kostet für die Mitglieder 20 Pfg. Die Zahlstellen werden auf diese billige Ausgabe ganz besonders aufmerksam gemacht. Vor allen Dingen dürfte das Broschürchen geeignet sein, unseren Kollegen im Felde eine kleine Freude zu bereiten. Bestellungen können bei der Geschäftsstelle des Verbandes in Köln erfolgen.

Sterbefall.

Josef Janelack, Schreiner, Mitglied der Zahlstelle Aachen, gestorben im Alter von 56 Jahren.
Ruhe in Frieden!



Unsere Helden.

Den Heldentod fürs Vaterland

haben unsere Verbandsmitglieder:

Konrad Schneider, Modellschreiner, Mitglied der Zahlstelle Düsseldorf.

Heinrich Aulich, Vorstandsmitglied der Zahlst. Berl. Jahn, Schreiner, Mitglied der Zahlstelle Bremen.

Korbert Bröder, Mitglied der Zahlstelle Köln.

Wilhelm Bröder, Schreiner, Mitgl. der Zahlst. Barmen.

Adam Silberjahn, Mitglied der Zahlstelle Küsselheim.

Karl Leitzinger, Mitglied der Zahlstelle Wesel.

Franz Plamet, Mitglied der Zahlstelle Steinau, gestorben im Lazarett in Bukarest.

Gottfried Andres, Mitglied der Zahlst. Saffanfahrt, gefallen beim Stellungskampf bei Armentieres.

Den Heldentod fürs Vaterland haben bisher 874 Verbandsmitglieder. Das Andenken dieser Tapferen wird im Verband allezeit in Ehren gehalten werden.

Das Eisene Kreuz

erhielten unsere Verbandsmitglieder:

Emu Krüger, Vorstandsmitglied der Zahlstelle Danzig.

Vertram Heunauer, Kassierer der Zahlstelle Wergentheim.

Friedrich Schubert, Mitglied der Zahlstelle Düsseldorf, Drittruppe Hilden.

Anton Böhm, Mitglied der Zahlstelle Essen, unter gleichzeitiger Beförderung zum Unteroffizier.

H. Hogenkamp, Mitglied der Zahlstelle Bocholt.

Steffens, Mitglied der Zahlstelle Aachen, unter gleichzeitiger Beförderung zum Unteroffizier.

Sondach, Mitglied der Zahlstelle Paderborn.

Willy Althoff, Mitglied der Zahlstelle Redlinghausen.

Josef Franz, Mitglied der Zahlstelle Lohr a. M.

Carl Wedepohl, Mitglied der Zahlstelle Lippstadt.

Hellmuth Scholz, Tischler, Mitglied der Zahlst. Berlin.

Adalbert Dorrer, Mitglied der Zahlstelle München, Sektion Schwaben, erhielt das Bayr. Verdienstkreuz 3. Klasse.

Joh. Grimm, Mitglied der Zahlstelle Spaichingen.

Jacob Merkt, Mitglied der Zahlstelle Spaichingen.

Jo. Hauser, Mitglied der Zahlstelle Spaichingen.

Joh. Zagen, Mitglied der Zahlstelle Spaichingen, Inhaber des Eisernen Kreuzes, wurde zum Unteroffizier befördert.

festgestellt, daß sie mit den Ergebnissen anderer Erhebungen übereinstimmen. Die Löhne der Tabakarbeiter seien in den letzten 20 Jahren nur um 192 M. oder 27,5 v. H. gestiegen. Von 1913 bis 1915 habe der Durchschnittslohn eine Steigerung von 30 M. erfahren. Für die Arbeiter in der Zigarrenindustrie habe der Durchschnittslohn Ende 1915 nur 665 M. betragen. Die Zigarrenarbeiter seien fast um ein Drittel besser gestellt. Der gesamte Durchschnittslohn betrage 704 M. und sei durchaus unzureichend. Die Steigerung von 30 M. während der beiden ersten Kriegsjahre genüge ebenfalls nicht. Auch wenn die Lohnnachweise der Berufsgenossenschaft für das Jahr 1916 eine Steigerung von 15—20 v. H. feststellen sollten, so sei auch diese noch zu gering. Dieses deshalb, weil 1. die Löhne schon in Friedenszeiten nicht ausreichten, 2. die Kosten für den Lebensunterhalt bedeutend höher gestiegen seien. Bei der Mehrzahl der Tabakarbeiter herrsche heute große Not. Nicht nur Not an den nun einmal nicht ausreichend vorhandenen Lebensmitteln, sondern auch Not, um die noch vorhandenen Lebensmittel kaufen zu können. Es sei deshalb Pflicht der Verbände, für eine bessere Entlohnung der Tabakarbeiter zu sorgen. Durch das bisherige Vorgehen sei erzielt worden, daß die Mehrzahl der Fabrikanten Zulagen in Höhe von 20 v. H. bewilligt hätten. Diese müßten unbedingt eine Erhöhung erfahren. Auch müsse versucht werden, daß die bisher gewährten und die noch zu gewährenden Zulagen als feste Lohnzulagen anerkannt würden. Im Anschluß an diese Ausführungen beschloßen die Verbände, den Fabrikantenverbänden folgende Forderung zu unterbreiten: 1. Die bisher gewährten Zulagen für alle Arbeiter und Arbeiterinnen auf 35 v. H. zu erhöhen; 2. bei Einführung neuer Sorten